



peace brigades international
Deutscher Zweig e. V.

Harkortstraße 121 | D-22765 Hamburg
Fon +49 (0) 40-3 890 437 0 | Fax +49 (0) 40-3 890 437
info@pbi-deutschland.de
www.pbi-deutschland.de

pbi Guatemala – begleitete Organisationen:

Qamolo Kí Aj Sanjuani-Unamos Pueblos Sanjuaneros

In der Organisation *Qamolo Kí Aj Sanjuani-Unamos Pueblos Sanjuaneros* (Vereinigung der Dörfer von San Juan) aus Guatemala haben sich die Anwohner verschiedener Gemeinden des Kreises San Juan Sacatepéquez, die am Kampf für den Schutz des Gebietes und der natürlichen Ressourcen der Region teilnehmen, zusammengeschlossen. San Juan Sacatepéquez gehört zum Departement Guatemala. Die Einwohner der Region sind größtenteils Maya Kaqchiquel, ebenso die Mitglieder Qamolo Kí Aj Sanjuani's.

Seit 2006 treibt das guatemaltekische Unternehmen *Cementos Progresos S.A.* das Projekt San Juan voran, das einen Steinbruch und den Bau einer Zementfabrik in mehreren Gemeinden beinhaltet¹. Seither sehen die von dem Projekt betroffenen Gemeinden ihre Lebensgrundlage und ihre Rechte bedroht: das Zementwerk gefährdet die Arbeit vieler Bauern, die von der Blumenzucht und Landwirtschaft leben. Diese wurden durch den Staub, den die Ausgrabungen und der Lastverkehr verursachen, in der Vergangenheit bereits stark beeinträchtigt. Viele der Blumen und Agrarprodukte sind nicht mehr verkäuflich und die Bauern bangen um ihren Lebensunterhalt. Es zeichnet sich auch eine zunehmende Wasserknappheit ab². Das Zementwerk gefährdet dadurch das Recht auf Nahrung und den Zugang und das Recht auf Wasser. Die Gemeinden sehen sich auch in der Ausübung ihrer kollektiven Rechte als indigene Bevölkerung eingeschränkt.

Zur Durchsetzung ihrer Rechte veranstalten die Gemeinden Demonstrationen oder nehmen an Aktivitäten anderer Organisationen teil. Sie informieren die Bevölkerung und halten wöchentliche Versammlungen ab. Daneben betreiben sie zunehmend Lobbyarbeit auf nationaler Ebene, hauptsächlich mit den in Guatemala ansässigen Botschaften, und auf internationaler Ebene, zum Beispiel beim Ausschuss der UNO für die Abschaffung der Rassendiskriminierung. Im Juni 2010 besuchte der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte der indigenen Völker, James Anaya, die Region.

Die Organisation beteiligte sich auch an einem Runden Tisch zur Konfliktbeilegung. Jedoch wurden während des Dialogprozesses die Arbeiten an dem Steinbruch und Zementfabrik weitergeführt, was den Absprachen, die nach Angaben der Gemeinden in dem Dialog getroffen worden waren, widersprach. Die Gemeinden fühlten sich übergangen und ignoriert, und der Dialog wurde wiederholt unterbrochen und geschwächt³.

¹ Die Schweizer Firma Holcim, eine der größten Zementfabrikanten, ist mit 20% an dem Werk beteiligt.

² Vgl. Fijate Nr. 450: Zementfabrik in San Juan Sacatepéquez, Dezember 2009.

³ 2009 beschlossen die Gemeinden den Dialog nicht wieder aufzunehmen solange die Zementfabrik ihre Bauaktivitäten fortführe, die Beschuldigungen gegen festgenommene Personen nicht geklärt wären und die Umweltstudie nicht fertig gestellt und dem Umweltministerium übergeben würde.

Im Jahr 2007 führten die Gemeinden in Ausübung ihres Rechts auf Befragung und um ihrer Position zu dem Zementwerk formell Ausdruck zu verleihen, eine Volksbefragung durch, in der das Projekt San Juan mehrheitlich abgelehnt wurde⁴. Die Regierung Guatemalas hat die Befragung nicht anerkannt, obwohl eine solche in der von Guatemala ratifizierten Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation vorgesehen ist.

Seit die Gemeinden ihre Arbeit zur Durchsetzung ihrer Rechte aufgenommen haben, kam es häufig zu gewaltsamen Übergriffen, die nach Angaben der DorfbewohnerInnen, von Arbeitern des Zementwerks ausgingen. Gegen einige GemeindeführerInnen wurden Morddrohungen ausgesprochen. Während des Ausnahmezustands in der Region im Jahr 2008 kam es zu einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär. Ebenso wurden viele Bewohner der Gemeinden wegen Vergehen gegen den Ausnahmezustand angeklagt und verhaftet. Die Mitglieder der Vereinigung zeigen sich besorgt, dass dem entgegen die von ihnen angezeigten Übergriffe von den Strafverfolgungsbehörden nur unzureichend untersucht werden.

Die Gefährdung der Mitglieder der Vereinigung der Dörfer von San Juan scheint, den Zahlen der Menschenrechtsorganisation UDEFEGUA⁵ folgend, einen Trend in Guatemala widerzuspiegeln. In den ersten vier Monaten 2011 wurden 165 MenschenrechtsverteidigerInnen aus dem Bereich indigene Völker/ Umweltrechte angegriffen, die überwiegende Mehrheit der insgesamt angegriffenen MenschenrechtsaktivistInnen. Ferner verrät die Statistik, dass sich 93% der verfolgten MenschenrechtsaktivistInnen für WSK-Rechte einsetzen⁶.

Maßnahmen zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in San Juan Sacatepéquez ergreifen diese zunächst selber, indem sie aufeinander acht geben und zum Beispiel nie alleine reisen. Sie werden zudem seit 2009 von den Peace Brigades International (pbi) begleitet. pbi zeigt regelmäßige Präsenz in den Gemeinden und informiert sich in Treffen mit den MenschenrechtsaktivistInnen über die aktuelle Lage. In Gesprächen mit nationalen und internationalen Autoritäten wird auf die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen aufmerksam gemacht.

Darüber hinaus wären eine konsequente Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz für MenschenrechtsverteidigerInnen durch die in Guatemala ansässigen europäischen Botschaften sowie die Erreichung ähnlicher Schutzmechanismen durch anderen Botschaften wichtige Schritte, um die MenschenrechtsverteidigerInnen zu unterstützen und die Sicherheitslage zu verbessern.

Stand: Juli 2011

⁴ Es nahmen 8.950 Personen an der Befragung teil, von denen 8.946 gegen und 4 für den Bau der Fabrik stimmten.

⁵ Die Unidad de Protección a Defensoras y Defensores de Derechos Humanos de Guatemala (UDEFEGUA) arbeitet unter anderem an der Dokumentation der Situation von MenschenrechtsverteidigerInnen.

⁶ Vgl. UDEFEGUA (2011): Prohibido Criminalizar: <http://www.udefegua.org/index.php/informacion> (30.06.2011).